

Ukraine-Krise macht Sorgen

Von Hartmut Nolte

Minden

(hn). Die Ukraine-Krise war beherrschendes Thema einer Veranstaltung des SPD-Unterbezirks mit dem für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Rolf Mützenich, der am Freitag im Prinz Friedrich in Minden sprach. Der gute Besuch mit Zuhörern auch aus Porta, Hille, Vlotho und Uchte zeigte das große Interesse am Thema dieser vom heimischen Bundestagsabgeordneten Achim Post moderierten Veranstaltung.

Mützenich ist direkt gewählter Abgeordneter aus Köln. Seit 2002 im Bundestag, hat sich der aus einer Arbeiterfamilie stammende promovierte Politologe der Außenpolitik gewidmet. Aus seinem Vortrag wurde auch seine Rolle deutlich: Bindeglied zwischen sozialdemokratischem Außenminister und der Fraktion, Informations- und Meinungsübermittler in beide Richtungen.

Mützenich kennzeichnete die Leitlinien sozialdemokratischer deutscher Außenpolitik: keine lediglich aus nationalem Interesse gelenkte Außenpolitik, sondern eine bewusst den europäischen Konsens suchende. Dabei ausgerichtet an den Völkerrechtsregeln, wo Mützenich beispielhaft auf die Nicht-Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA 2002 hinwies. Angestrebt werde eine Entspannungspolitik, in der auch die früheren bewährten Einrichtungen wieder aufleben sollten, erinnerte Mützenich daran, dass Deutschland im nächsten Jahr die Präsidentschaft in der OSZE habe. Und schließlich an die Aufgabe aus der besonderen Rolle Deutschlands heraus, humanitäre Hilfe und Wiederaufbau zu leisten. Deutschlands Führungsrolle in der EU-Außenpolitik steige, gerade wenn die Einflüsse Großbritannien und Frankreich aus innenpolitischen Gründen schwächer würden.

In der Ukraine müsse angesichts der ständigen Wechsel der politischen Lagen eine „am Tag orientierte Krisenpolitik betrieben werden, wie es Frank-Walter tut“, betonte Mützenich seine Übereinstimmung und Nähe zum Außenminister. Vorrangiges Ziel sei, die Zahl der Opfer zu reduzieren, zum Beispiel durch Abzug der schweren Waffen auf beiden Seiten. Die ukrainische Regierung müsse ermutigt werden, Oligarchen durch Reformen Einfluss zu entziehen.

Kritisch ging Mützenich auf das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine ein. Die 1500 Einsprüche Russlands gegen diesen Vertrag seien zu wenig beachtet worden. Kommissionspräsident Barroso habe durch zuspitzende Äußerungen die Spannungen verschärft, wie auch manche deutsche Politiker, die sich auf dem Majdan damals gern den heimischen Medien präsentiert hätten. Mancher Zuhörer dürfte sich da an dem CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok erinnern haben. Durch die Stationierung von US-Raketen in Rumänien und Polen seien darüber hinaus Chancen für Entspannung verpasst worden.

Zur Zeit könne man nach Wochen des Schweigens auf russischer Seite ein Interesse an den Verhandlungsangeboten der westlichen Seite erkennen. Europa müsse sich dabei abstimmen, wobei Mützenich einräumte, dass Polen und Balten eine andere Sicht hätten als Deutsche. Gemeinsames Ziel müsse sein, das Gefühl der Sicherheit zu schaffen. „Das ist der Primat der Politik, nicht des Militärs“, sagte Mützenich deutlich.

